



Aufruf zur Demonstration der Beschäftigten in Kirche und Diakonie in Hessen und Nassau am 9. Februar 2006 in Darmstadt

Die Arbeit im Sozial- und Gesundheitswesen ist etwas wert! Gutes Geld für gute Arbeit!

Die neue Kirchlich-Diakonische Arbeitsvertragsordnung (KDAVO) in Hessen und Nassau ist ein gesellschafts- und kirchenpolitischer Skandal:

■ Die Erhöhung der Wochenarbeitszeit ist der selbst gewählte Beitrag von Kirche und Diakonie zum Skandal der Massenarbeitslosigkeit: Betriebswirtschaftlich bleibt die Erhöhung der Wochenarbeitszeit ohne Effekt, trotzdem zwingt die 40-Stunden-Woche alle kirchlichen und diakonischen Einrichtungen jetzt zu entsprechendem Abbau von Arbeitsplätzen.

■ Bei den MitarbeiterInnen im Arbeiterbereich wird massiv und sofort eingespart. Nach 14 Jahren Betriebszugehörigkeit erhalten sie 407 Euro im Monat weniger als bisher, haben sie zwei Kinder erhöht sich der Kürzung auf fast 600 Euro monatlich. Diese Kürzung wird radikal in 4 Schritten bis zum 30.9.2008 vorgenommen. Alleinerziehende können sich dann direkt an das Sozialamt oder die Schuldnerberatung des Diakonischen Werkes wenden.

■ Für leitende Mitarbeiter wird dagegen das Gehalt in vielen Fällen kräftig erhöht. Beschäftigte, die ehemals die Vergütungsgruppe BAT Ia erhalten haben, erhalten als Ledige mit 14 Jahren Betriebszugehörigkeit 485 Euro im Monat mehr. Noch bes-

ser kommt es für die ehemaligen BAT I Mitarbeiter: Sie sind aus der geregelten Tabelle herausgehoben worden und werden ohne Kontrollmöglichkeiten der Mitarbeitervertretungen übertariflich eingruppiert. Auch viele Abteilungs-, Pflegedienst- und Heimleitungen mit einer langen Beschäftigungszeit gehören zu den »Gewinnern« – viele von ihnen, das sei zu ihrer Ehrenrettung gesagt, haben keine höhere Vergütung verlangt und ihnen ist diese Entwicklung peinlich.

■ Für die Masse der Beschäftigten werden die Gehälter und die Arbeitsbedingungen kräftig abgesenkt: das Urlaubsgeld ist gestrichen, das Weihnachtsgeld kräftig gekürzt und die Arbeitszeit auf 40 Stunden verlängert worden. Besonders hart trifft es dabei die Schichtdienstleistenden: Die Zuschläge für die erschwerenden Arbeitsbedingungen in der Schichtarbeit werden nicht mehr in das Weihnachtsgeld eingerechnet, Zulagen werden künftig gestrichen und die Vergütung für den Bereitschaftsdienst wird abgesenkt. Die »werktätige Diakonie« finanziert damit das höhere Gehalt ihrer Leitungen.

■ Für Auszubildende wird die Ausbildungsvergütung um ein Drittel reduziert (dazu werden Krankenpflegeschulen stark abgebaut oder gar geschlossen, wie am Elisabethenstift Darmstadt wie auch die Ausbildungsstätte für Sozialpädagogen im Frankfurter Diakonissenhaus) – sieht so eine verantwortungsvolle Politik gegenüber Familien und der Jugend aus?

■ Das neue Eingruppierungssystem ist so unbestimmt und so diffus gehalten, dass die Gefahr besteht, dass die Arbeitgeber ihre Übermächtigkeit bei der Auslegung ausnutzen. Erste Erfahrungen zeigen bereits, dass »leitungsnahe Personen« sehr wohlwollend eingruppiert werden und Mitarbeiter mit einer Fachausbildung versucht werden herabzugruppiert. Gerade die »werktätige Diakonie« rutscht bei dem neuen Eingruppierungssystem in der Wertschätzungsskala nach unten. ►



Gesundheit, Soziale Dienste
Wohlfahrt und Kirchen

Vereinte
Dienstleistungsgewerkschaft

Hessen





Deshalb fordern wir:

Tarifverträge jetzt – Schluss mit dem Arbeitsrecht nach Guts-herrenart

Ein gerechter Lohn für eine gerechte Arbeit auch in kirchlich-sozialen Einrichtungen:

- Keine Lohnkürzungen für die Masse der Beschäftigten in Kirche und Diakonie bei gleichzeitiger Anhebung der Gehälter der leitenden Mitarbeiter.

- Rücknahme der Kürzungen im Arbeiterbereich – soziale Besitzstände für alle Beschäftigten!

- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit in der »Branche« Soziales und Gesundheit – kein niedrigeres Entgelt in Kirche und Diakonie als in öffentlichen Einrichtungen!

Wer beschließt ein solches Arbeitsrecht, das diesen Namen eigentlich gar nicht verdient?

Es sind innerkirchliche Kommissionen mit von kirchlichen Arbeitgebern handverlesenen Arbeitnehmern, die letztlich die Vorstellungen der Arbeitgeber brav abnicken.

Nach wie vor weigern sich Kirche und Diakonie Tarifverträge mit der Gewerkschaft abzuschließen. Diakonische Arbeitgeber sind heute in vielen Fällen GmbHs, evangelische Aktiengesellschaften oder Groß-

unternehmen, die eigene private Subunternehmen nur zu dem Zweck gründen, sich das dort beschäftigte Personal wieder selber auszuleihen (dann natürlich zu den niedrigen Löhnen der Leiharbeitsbranche).

Hier schreibt die Diakonie ein Arbeitsrecht, das den neoliberalen Geist des 21. Jahrhunderts wiedergibt, benutzt aber gleichzeitig mit ihren Arbeitsrechtlichen Kommissionen Formen von vorgestern, die die MitarbeiterInnen entmündigen und rechtlos halten!

Wir rufen daher alle Beschäftigten in kirchlichen und diakonischen Einrichtungen in Hessen und Nassau auf zu einer

Demonstration in Darmstadt

am Donnerstag, 9. Februar 2006

Treffpunkt um 16 Uhr auf dem Luisenplatz

Abschlusskundgebung am Paulusplatz, vor der Kirchenverwaltung der EKHN

Es spricht u.a. Jürgen Bothner, Landesvorsitzender ver.di Hessen